

Peter Brandt

## Zur Problematik des 8. Mai 1945

### Das Ende des Zweiten Weltkriegs und Europas Suche nach Ordnung

Der Zweite Weltkrieg endete nicht am 8./9. Mai 1945, sondern am 2. September jenes Jahres, als Japan die Waffen streckte. Ob erst der Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki die Kapitulation des fernöstlichen Kaiserreichs bewirkt (und so auch die erwarteten hohen Verluste einer Invasion Japans sowie eine stärkere Einmischung der Sowjetunion vermieden) hat, oder ob der Tenno bereits vorher gewillt war aufzugeben und es nur noch um die Form ging, ist bis heute strittig. Im zweiten Fall käme der Demonstration der neuen Waffe in der alleinigen Hand der USA als Motiv für den Einsatz »am lebenden Objekt« ein weitaus größerer Stellenwert zu. So oder so leitete der doppelte atomare Schlag objektiv vom Weltkrieg gegen die Achsenmächte zum Ost-West-Konflikt über, der dann ab 1947/48 die Form eines Kalten Krieges annahm.

Dass die Asiaten wie auch die Afrikaner den Krieg unter einem anderen Gesichtspunkt betrachteten als die Europäer und Nordamerikaner, ist leicht zu begreifen: Sie befanden sich nach wie vor in kolonialer oder halbkolonialer Abhängigkeit und neigten in ihren politisierten Schichten dazu, die Gegensätze der Metropolen untereinander nach Ansatzpunkten abzusuchen, das eigene Anliegen, die nationale Unabhängigkeit, voranzubringen. Es ist nicht verwunderlich, dass in der südlichen Hemisphäre manche Protagonisten der nationalen Befreiung, die sich in späteren Jahren eher prosojetisch oder prochinesisch orientieren sollten, während des Zweiten Weltkriegs auf Erfolge Deutschlands oder Japans setzten, um die alten Kolonialmächte zu schwächen. Zweifellos erschütterten die weltpolitischen und militärischen Ereignisse in der ersten Hälfte der 40er Jah-

re den traditionellen europäischen Imperialismus insgesamt. Die nach 1945 teilweise noch blutig umkämpfte staatliche Selbstständigkeit von Britisch-Indien, Niederländisch-Indonesien und Französisch-Indochina ist ohne die konvulsiven Weltkriegsereignisse nicht zu erklären. Das gilt sogar für die folgende Entkolonialisierungswelle der späten 50er und frühen 60er Jahre.

An demselben 8./9. Mai 1945, als mit der bedingungslosen Kapitulation Hitler-Deutschlands in Europa – in der Tat der Ausgangspunkt und zentrale Austragungsort des Zweiten Weltkriegs – die Waffen schwiegen, begann in Algerien in Reaktion auf Demonstrationen der Einheimischen ein dreiwöchiges Gemetzel der französischen Truppen, dem mindestens 30.000 Menschen zum Opfer fielen. Sie hatten die Atlantik-Charta Roosevelts und Churchills vom 14. August 1941, welche u. a. das Selbstbestimmungsrecht der Nationen proklamierte, ernst genommen und auf ihr Land bezogen.

Ebenfalls am 8. Mai 1945 erreichte in Griechenland die Repression gegen Anhänger der kommunistisch dominierten Nationalen Befreiungsfront EAM mit ihrem bewaffneten Arm ELAS, einer effektiven Widerstandsorganisation gegen die deutschen Streitkräfte, einen ersten Höhepunkt, nachdem um den Jahreswechsel 1944/45 – nach dem Rückzug der Wehrmacht – britische Interventionstruppen zusammen mit antikommunistischen griechischen Verbänden unterschiedlicher Herkunft die ELAS in erbitterten Kämpfen aus der Hauptstadt Athen vertrieben hatten. Dabei war es allerdings auch zu schweren Übergriffen und Massenerschüssen vermeintlicher Reaktionäre seitens der Be-

freiheitsfront gekommen, die bis dahin vermutlich die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich wissen durfte.

Mehr oder weniger spontane, blutige Rachezüge gegen tatsächliche und angebliche Kollaborateure sind auch für andere Länder nachgewiesen, mit Opferzahlen teilweise im fünfstelligen Bereich. Selbst die von Seiten des Staates durch Internierungen und besondere oder reguläre Gerichtsbarkeit überall in großer Zahl durchgeführten Bestrafungen einheimischer Faschisten und »Deutschenfreunde« entbehrten oft rechtsstaatlicher und humanitärer Mindeststandards. Das mochte nach den vorangegangenen Schrecken bis zu einem gewissen Grad verständlich gewesen sein, änderte aber, nicht viel anders als die unumgängliche, doch in der Regel unsystematische Personal»säuberung«, strukturell nichts. Ähnlich wie bei der westalliierten Entnazifizierung in Deutschland wurden die »kleinen Fische«, die man sich zunächst vornahm, relativ härter bestraft als die Höherrangigen (mit Ausnahme einiger scharfer Verurteilungen von Personen der obersten Ebene wie Vidkun Quisling, von 1942 bis 1945 Ministerpräsident in Norwegen, und Pierre Etienne Laval, von 1942 bis 1944 Ministerpräsident in Frankreich, die hingerichtet wurden). Vergleichsweise wenig behelligt wurden die Unterstützer und Profiteure der profaschistischen Regimes bzw. der deutschen Besatzungsherrschaft aus den Funktionsebenen und den sozialökonomischen Oberklassen.

In Südosteuropa und im östlichen Mitteleuropa mit Ausnahme Tschechiens war die Sowjetarmee im Frühjahr 1945 längst als äußerst repressive Besatzungsmacht etabliert, die UdSSR als Hegemon. Namentlich in Polen setzte sie gegen die Anhänger der Exilregierung und ihrer Heimatarmee und auch gegen die Sozialisten der PPS ein Moskau-orientiertes Minderheitsregime durch. Unbewaffneter und sogar bewaffneter Widerstand zog sich jahrelang hin.

Doch auch im westlichen Europa waren die Konflikte zwischen den unterschiedlichen Kräften, die im Anschluss an die Besatzungs- und pronazistischen Kollaborationsregimes hervortraten, längst evident, als die ehemals unterjochten Völker das Ende des Krieges feierten; befreit worden waren sie überwiegend schon vorher, Frankreich etwa bis Ende September 1944. Dort wie in dem zwischen einer Übergangsregierung im Süden und dem neuen Satelliten-Staat Mussolini im Norden 20 Monate geteilten Italien waren die westalliierten Armeen, einheimische bürgerliche Politiker und die etablierten gesellschaftlichen Eliten (Unternehmerschaft, Verwaltungsbürokratie, Klerus usw.) darauf aus, Forderungen nach grundlegenden gesellschaftlichen Strukturreformen, namentlich solche antikapitalistischen Charakters, gar sozialrevolutionäre Bestrebungen einzudämmen und an der Entfaltung zu hindern. Diese Forderungen kamen aus den sich neu konstituierenden Parteien der Arbeiterbewegung, deutlicher von den Sozialisten als von den Kommunisten, und namentlich aus der Mehrheitsströmung der Résistance. Vorübergehend artikulierte sich eine bürgerliche Linke von Gewicht, in Frankreich etwa in Gestalt der linkskatholischen MRP.

Die abschließende Ausschaltung oder Zähmung der Gesamtlinken, die anfangs in etlichen Ländern die Bevölkerungsmehrheit repräsentierte, gelang parallel zum offenen Bruch zwischen den Kriegsalliierten in den Jahren 1947/48; gleichzeitig unterdrückten die Sowjets in ihrem Einflussbereich definitiv die bis dahin noch gewichtigen widerstrebenden Kräfte unterschiedlicher Ausrichtung und errichteten hinter der Fassade der Volksdemokratie eine kommunistische Parteidiktatur. Nur im Zuge der stalinistischen Überformung der keineswegs durchweg unpopulären und nicht ausschließlich von oben

*Die Rolle der europäischen Sozialdemokratie*

dirigierten sozialen Umwälzung im östlichen Europa konnte die Ablenkung der sozialdemokratisch-sozialistischen Parteien und der von ihnen geführten Gewerkschaften Westeuropas vom Ziel des gesellschaftlichen Neubaus («Sozialismus als Tagesaufgabe») und ihre Einordnung in den Kampf der »Weltdemokratie« gegen die östliche Despotie erfolgreich sein. (Spätere Erfahrungen mit der Weiterentwicklung des westeuropäischen Kapitalismus mit historisch einmaligen Einkommenssteigerungen auch für die untere Hälfte und der neuen Qualität des Wohlfahrtsstaats konnten noch keine Rolle spielen.)

Zum Vorreiter einer proamerikanischen Orientierung der europäischen Sozialdemokratie wurde die seit ihrem Wahlsieg im Juli 1945 regierende, auf dem Kontinent von großen Hoffnungen begleitete britische Labour Party, auch wegen der in Angriff genommenen Nationalisierung einiger schwerindustrieller Bereiche und der grundlegenden sozialstaatlichen Projekte im Innern. Nicht zuletzt die geerbte, kriegsbedingte finanzielle Abhängigkeit von den USA führte dazu, dass Labour keine Führungsrolle in einem vielfach anvisierten Europa als einer dritten Kraft übernehmen konnte noch wollte.

Für Deutschland, dessen Führung dem Land durch Aggression und monströse Verbrechen die halbe Welt zum Feind gemacht hatte, bedeutete die Kapitulation das faktische Ende der staatlichen Existenz sowie den »provisorischen« Verlust von mehr als einem Viertel des Territoriums von 1937 an Polen und die Sowjetunion unter Zwangsaussiedlung der Bewohner. Mit den Zerstörungen (hauptsächlich von Wohnraum) durch die Flächenbombardements und die Endkämpfe und mit den 7,6 Millionen Kriegs- und Kriegsfolgetoten lagen die Verluste, gemessen an der Bevölkerungszahl, unter denen der Sowjetunion, Polens und Jugoslawiens, aber deutlich über denen der westlichen Siegermächte. Mit vermutlich Hunderttausenden

von Vergewaltigungen und sexuellen Nötigungen, nicht allein, wenn auch vorrangig seitens der Sowjetsoldaten, der harten Behandlung von Kriegsgefangenen usw. kam der von Nazi-Deutschland entfesselte Kriegsfuror nun über die Deutschen. Der Preis auch ihrer Befreiung von der schrankenlosen Diktatur und von dem zum Ende hin immer blindwütiger rasenden Terror war somit hoch. Ferner: Vier separate Besatzungszonen und vier Sektoren in der Hauptstadt Berlin (wobei es anfangs eher die Franzosen als die Sowjets waren, die dafür sorgten, dass die, neben der Wirtschaftseinheit, im Potsdamer Abkommen vorgesehenen gemeindeutschen Verwaltungsbehörden nicht zustande kamen) unter einem nur in Übereinstimmung funktionierenden Alliierten Kontrollrat. Und bezüglich der inneren Umgestaltung Deutschlands markierten die berühmten vier »D«s – Denazifizierung, Demokratisierung, Dezentralisierung und Dekartellisierung – einen Minimalkonsens der Siegermächte, der von Anfang an unterschiedliche Deutungen erfahren musste.

Aus einer ganzen Reihe von Gründen hatte sich der Ablösungsprozess der Bevölkerungsmehrheit vom Nationalsozialismus in Deutschland selbst nach der Kriegswende nur langsam und diskontinuierlich vollzogen. Der Charakter des Herrschaftssystems wie dann in der Endphase die kriegsbedingte Zersplitterung des Reichsterritoriums machten eine innere Erhebung immer notwendiger (auch aus Selbsterhaltungsgründen) und zugleich immer weniger möglich. Der 20. Juli 1944, an dem direkt oder indirekt Repräsentanten aller antinazistischen Fraktionen des deutschen Volkes beteiligt waren, bot diesbezüglich letztmalig einen Ausweg. Das Scheitern der Selbstbefreiung machte die Eroberung und Besetzung ganz Deutschlands nun unvermeidlich.

Eine nicht so kleine Minderheit von »Aktivisten der ersten Stunde«, teilweise in direkter Kontinuität zum Widerstand und

meist aus den Reihen der sozialistischen Arbeiterbewegung unterschiedlicher Ausrichtung, organisierte sich in mindestens 500 Orten – bisweilen noch kurz vor der Besetzung und unabhängig voneinander – in Antifaschistischen Ausschüssen bzw. größeren Organisationen, dann auch in provisorischen Betriebsräten, Gewerkschafts- und Parteigründungsziakeln. Die Antifa-Ausschüsse und die provisorischen Betriebsräte wirkten in allen vier Besatzungszonen elementar gesellschaftsbildend, indem sie die solidarische Wiedereingangssetzung der materiellen Lebens- und Produktionsbedingungen in die Hand nahmen und erste Maßnahmen gegen »die Nazis« durchführten. Dieser Ansatz, gewissermaßen eine reduzierte Variante sowohl der Arbeiter-, Volks- und Soldatenräte von 1918/19 als auch der 1944/45 andernorts aus der Résistance hervorgegangenen Befreiungskomitees, erhielt keine Chance. Die »Antifas«, wie die Amerikaner sie nannten, wurden in aller Regel spätestens im Sommer 1945 von den Militärregierungen oder den Auftragsverwaltungen aufgelöst: als potenziell sozialrevolutionär und krypto-kommunistisch in den Westzonen, als »sektiererisch« und dysfunktional in der Ostzone, als zu eigenständig, kaum lenkbar und illegitim-basisdemokratisch zonenübergreifend. Es kann nicht darum gehen, diesen autochthonen linken Antifaschismus zu mythologisieren, doch er passt in Quantität wie Qualität weder zu dem heutzutage gern gezeichneten Bild einer nahezu gänzlich nazifizierten deutschen »Volksgemeinschaft« noch zu dem der vollständigen politischen Apathie der Deutschen bei Kriegsende. Ebenso wenig die rasante Organisationsentwicklung der linken Parteien und Gewerkschaften nach ihrer Legalisierung. Über 700.000 Mitglieder hatte etwa die SPD der Westzonen bereits Ende 1946, erheblich mehr als vor 1933 auf diesem Territorium; fast so viele brachte die SPD der Ostzone im Frühjahr 1946 in die zwangsvereinigte SED ein.

Die global befreiende Wirkung des Sieges der Anti-Hitler-Koalition im Zweiten Weltkrieg beinhaltet nicht, dass die Kriegsgegner des faschistischen Staatenblocks neben dem militärischen Erfolg keine konkreten Interessen verfolgt und aufgehört hätten, als imperiale Mächte zu agieren. Das betraf namentlich Großbritannien mit seinem immer noch riesigen Empire und Commonwealth, nun definitiv zum Junior-Partner der USA degradiert – auch das eine der Folgen des Zweiten Weltkriegs. Als solcher sollte Großbritannien seinem Kriegs-Premier Churchill und dessen politisch-sozialem Umfeld zufolge weiterhin eine global und europäisch wichtige Rolle spielen: mittels nachhaltiger Schwächung, aber nicht völliger Eliminierung des alten Rivalen Deutschland und durch Begrenzung der unvermeidlichen Expansion Sowjetrusslands. Frankreich knüpfte an die schon nach dem Ersten Weltkrieg praktizierten Methoden einer gegenüber Deutschland maximalistischen Sicherheitspolitik an, zu der auch die Loslösung des linken Rheinlands vom »Reich« (wie man auch nach Mai 1945 noch sagte) gehörte.

Maximale Sicherheit vorwiegend zu Lasten Deutschlands wie – in anderer Weise – des östlichen Europa stand auch für die Sowjetunion mit ihren enormen Menschenverlusten und Zerstörungen im Zentrum. Diese Sicherheit erforderte aus Moskauer Sicht die uneingeschränkte Kontrolle ihres westlichen Festungswalls und diese in den betreffenden Ländern die Besetzung der Schlüsselstellungen mit zuverlässigen Parteigängern. Ob die komplette Sowjetisierung von Anfang an beabsichtigt war, ist – insbesondere für die deutsche Ostzone – umstritten. Die Unterstützung revolutionärer Sozialbewegungen kam für Stalin allenfalls in Betracht als Funktion sowjetischer Außenpolitik. Das hatte der Spanische Bürgerkrieg hinreichend bewiesen. In der zynischen Weltsicht des Geor-

## *Der Weg in die Teilung Europas*

giers, der im Oktober 1944 mit Churchill jene berühmt-berüchtigte Prozentabsprache über den jeweiligen Einfluss in Südosteuropa getroffen hatte, tat er mit seinen die westeuropäischen Kommunisten mächtigenden Direktiven alles, was das alliierte Bündnis und die Kräfteverhältnisse verlangten.

Die USA gingen – nicht nur wegen des Besitzes der Atomwaffe – als einzige wirkliche Weltmacht aus dem Krieg hervor, und, anders als Briten, Franzosen und Sowjets, war die Roosevelt-Administration weniger an der Zuteilung von Einflussphären interessiert als an einer neuen Weltordnung unter informeller amerikanischer Dominanz (»One World«): ein einheitlicher, liberal-kapitalistischer Weltmarkt, in den auch die Sowjetunion so weit wie möglich einbezogen werden sollte, internationale regulierende Organisationen (von der UNO bis zum Weltwährungsfonds) und liberal-demokratische Verfassungsordnungen im Innern der Staaten, jedenfalls in der nördlichen Hemisphäre.

Deutschland war aus dieser Sicht ein Problem unter anderen. Allerdings gab es im Rahmen dieser Grundorientierung starke Kräfte in den USA, nicht nur bei den Republikanern, die schon frühzeitig die Konfrontation mit der UdSSR ins Auge fassten. Die Absprachen der Großen Drei auf der Jalta-Konferenz Anfang Februar 1945 und auch die in Potsdam im Juli/August 1945 hätten nicht zwangsläufig in die Teilung Europas und Deutschlands in den dann tatsächlich zustande kommenden Formen münden müssen (es gab durchaus auch Tendenzen zu einem längerfristigen Arrangement der Alliierten), doch enthielten die Abkommen wichtige Hebel, die eine solche Teilung unter der Doppelhegemonie der UdSSR und der USA ermöglichten und nahe legten. Insofern ist es berechtigt, kritisch von einer »Jalta-Ordnung« zu sprechen. Sie war ein Ergebnis nicht einfach des Zweiten Weltkriegs, sondern der Art und Weise, wie die Hauptsiegermächte ihre Interessen durchsetzten. Das zu verheerlichen, gib es keinen Grund.



**Peter Brandt**

ist Professor (i.R.) für Neuere deutsche und europäische Geschichte und ehrenamtlich Direktor des interdisziplinären Dimitris-Tsatos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften (DTIEV) an der Fernuniversität Hagen.

*peter.brandt@fernuni-hagen.de*